

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 11 (1931-1932)
Heft: 4

Artikel: Ist es ein Bund?
Autor: Mendelssohn-Bartholody, A.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-157381>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ist es ein Bund?

Von **A. Mendelssohn-Bartholdy**, Hamburg.

Wir haben in Deutschland zwei Parteien, die von der Regierung fordern, daß sie den Völkerbund verlasse — die eine sagt ausdrücklich: sofort und ohne zu kündigen, unter offenem Bruch der Satzung; die andere läßt wenigstens erkennen, daß sie es ähnlich meint —, nämlich die Nationalsozialistische deutsche Arbeiter-Partei und die Kommunistische Partei Deutschlands. Ich kann für keine von beiden sprechen, und da sie beide im politischen Kampf um die Macht im Staat um der Macht willen stehen und in diesem Kampf offen erklärt haben, daß für den Preis der Herrschaft jedes Mittel zum Aufwühlen der Massen und zum Erregen der Unzufriedenheit recht sein müsse, so läßt sich schwer sagen, wie ernst sie es mit dem Weggehen von Genf meinen.

Aber es gibt in Deutschland auch viele Menschen außerhalb des Parteiwesens, die sich in zunehmender Besorgnis fragen, ob die deutsche Regierung nicht den Schritt in naher Zukunft tun muß, den sie nach der von ihr angenommenen Satzung des Völkerbundes zu tun das Recht hat: den Austritt Deutschlands binnen der vorgeschriebenen Frist anzukündigen. Diese Menschen meinen es ernst; sie denken nicht an einen Vorteil der Macht, den ihre Partei oder Gruppe davon hätte, daß sie über den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund reden; sie denken an das Vaterland und an den Frieden der Welt; sie wollen, daß dieser Entschluß, der eben so schwer wiegt wie eine Unterschrift unter einen Staatsvertrag oder wie eine Kriegserklärung, nicht von einem Augenblick zum andern, nicht im Zorn über einen Genfer Fehlschlag, eine diplomatische Niederlage, eine Herausforderung der alten, heute wieder so laut hezenden Feinde Deutschlands gefaßt wird, sondern ein fester Entschluß klarer öffentlicher Meinung ist. Als einer von denen, die ausgesprochen haben, was viele von dieser Art Deutscher bewegt, bitte ich gerade bei den Lesern der „Schweizer Monatshefte“ um Gehör für meine Erwiderung auf die ernstesten Einwände, die erhoben wurden. Schweizer, Deutsche, Engländer, Amerikaner haben in unserer hamburgischen Zeitschrift, den „Europäischen Gesprächen“, vor jenem Schritt gewarnt, der geradezu zum Krieg führen müsse; so mag es sich rechtfertigen, daß ich, ohne als Unruhestifter zu erscheinen, in dem Lande des Völkerbundes selbst meine früheren Ausführungen wiederhole und ergänze.

Man würde einem Deutschen, der nur um der gekränkten Ehre Deutschlands willen dem Völkerbund den Rücken kehren will, mit Recht sagen können, daß sein Grund Deutschland allein angehe. Habeat sibi, würde man ihm sagen und ihm bedeuten, daß er bald genug an sich selbst spüren werde, wie wenig Ehre mit dem trotzigen Alleinsein des Gefränkten zu gewinnen ist.

So verstehe ich den Austritt Deutschlands nicht. Ginge er nur Deutschland an, so wären nicht viel Worte nötig. So wenig aber der Volksscheid der Schweiz über ihren Beitritt zum Völkerbund nur die Schweiz, so wenig das in Locarno=Thoiry vereinbarte Eintreten Deutschlands nur Deutschland, so wenig das Fernbleiben und Ferngehaltenwerden Rußlands nur Rußland anging und angeht, so wenig würde die deutsche Kündigung eine deutsche Sonderfrage sein. Ja, ich scheue mich durchaus nicht, gerade hier bis zu äußersten Folgen zu gehen: wenn Deutschland die Mitgliedschaft auf sagt, so kann das nicht in der Meinung geschehen, daß es lieber künftig in der Welt allein sein, den Völkerbund in Genf aber unter den andern Staaten, unter Österreich und Frankreich, der Schweiz und Italien, Holland, Belgien und England, Ungarn und Jugoslawien weiterbestehen sehen wolle, sondern es kann nur in der Meinung geschehen, daß Deutschland das Ende des Genfer Völkerbundes selbst für von Rechts wegen gekommen hält und das Seine tut, um ihn aufzulösen.

Anders ausgedrückt: Deutschland soll dem Völkerbund kündigen, nicht weil er dieses oder jenes zum Nachteil Deutschlands unternommen oder dieses und jenes, was er zu Gunsten Deutschlands hätte tun können, unterlassen hat, sondern es soll dem Völkerbund kündigen, weil er die Aufgabe nicht erfüllt, und nicht einmal zu erfüllen versucht, die ein wahrer Bund der Völker der ganzen Welt zu erfüllen hat, weil er den Frieden nicht sichert, weil er — das ist die Antwort auf die Frage des Titels — kein Bund ist.

Wie steht es damit in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des Völkerbundes? Über die Vergangenheit haben wir es aktenmäßig. Das, was in Versailles zu Stande kam, war eine Liga, kein Bund. Gleichviel wer schuld daran war, ob der Senat der Vereinigten Staaten und das Volk, das dem Senat gegen Wilson recht gab, ob die Kurzsichtigkeit der Konferenz=Intriganten, die sich einbildeten, man könne einen Friedensbund wie einen Honoratiorenklub auf das Hinausballotieren unliebsamer Kandidaten gründen, ob die falsche Wahl des Ortes für das Sekretariat, ob die Satzungsregeln über das politische Übergewicht des Rats — 1919 war es eine Liga, und nicht einmal von Ferne ein Bund. Die erste Aussicht auf Wandlung zum Bund gab der Entschluß des Schweizer Volkes, beizutreten; sie verstärkte sich, als Österreich beitrat und Deutschland ihm folgte; ein Mann wie Ranssen war ihr Träger; Schweden, Holländer, Schweizer, Norweger setzten sich für sie ein; in den Vereinigten Staaten hoffte man auf sie, damit Amerika sich anschließen könnte. Aber wir wissen auch, welche Kräfte in entgegengesetzter Richtung zogen. Millerands Rede; die „Botschafter-Konferenz“ in Paris; das englische Bestehen auf der Macht des Völkerbundesrates; Eifersucht zwischen Genf und dem Haag; Schwierigkeiten gegen China, die Türkei, Rußland.

Auch wer das Vergangene sich selbst überlassen will, wird aus dieser ersten Zeit des Genfer Völkerbundes eine Tatsache im Gedächtnis behalten. Es hat in dieser Zeit eine große Macht gegeben, die immer und immer

wieder erklärte, der Völkerbund verbürge den Frieden und die Sicherheit nicht. Diese große Macht war nicht Deutschland, das ausgeschlossen und deshalb vielleicht zu übermäßigem Zweifel am Wert der Genfer Einrichtung neigte; diese große Macht war Frankreich. Wir haben das Wort Frankreichs, das Wort aller französischen Regierungen von 1919 an, das Wort der Vormacht dieser Genfer Liga von 1919 bis 1924 dafür, daß der Frieden nicht verbürgt, daß keine wahre Sicherheit gegeben, daß Frankreich nur durch das nicht eingehaltene Versprechen eines Sonderbündnisvertrags mit den Vereinigten Staaten und Großbritannien in die Scheinsicherheit des Völkerbundes hineingelockt worden sei.

Wenn eine Liga nicht einmal ihren eigenen Mitgliedern Sicherheit des Friedens gibt, wozu ist sie dann da? Ein Bund könnte ja noch andere Aufgaben haben als gerade die, an allen Staatsgrenzen immer tiefere Gräben, immer höhere Wälle zu ziehen, Wälle von solcher Sicherheitsdichtigkeit, daß kein Strahl eines Blicks oder Gedankens durch sie hindurchdringen kann. Aber eine Liga: was bedeutet sie denn, wenn nicht eben diese äußere, formale Sicherheit, die der Völkerbund nach der französischen These nicht gibt?

Nicht ganz so klar steht es um die Gegenwart des Völkerbundes, womit übrigens kein Kalenderdatum von heute, gestern oder vorgestern, keine letzte oder vorletzte Tagung und vor allem kein einzelner deutscher Erfolg oder Mißerfolg gemeint ist, sondern der gegenwärtige Stand des Verhältnisses zwischen den Aufgaben eines Völkerbundes und der Erfüllung dieser Aufgaben durch die Genfer Institution.

Vielleicht ist es uns in Deutschland kaum möglich, zu sehen, was in Genf vorgeht; wir sind vielleicht zu weit entfernt, zu nah bei Moskau gelegen, um ein gutes Urteil über Genf fällen zu können. Aber es gibt ja andere Völker, die in einer glücklicheren Lage sind; es gibt wahrhaft wohlgesinnte Publizisten, die dem Geist Calvins und Lord Cecil's näher verbunden sind als wir, die nicht nur in Genf selbst, sondern vor allem auch in London, in den Redaktionen der *Sunday Times* und der *Weekend Times*, und wir können von ihnen den besten Aufschluß über den Charakter des Völkerbundes erwarten, — ganz besonders dann, wenn ihr Leitartikel sich nicht *ex professo* mit Genf beschäftigt, sondern von andern Dingen handelt, zum Beispiel vom Petroleum von Irak.

„Oil from Iraq“, heißt in der *Times* vom 27. Mai 1931 die Überschrift des Leitartikels, und in diesem Artikel lobt sein Verfasser das Abkommen, das in der Woche zuvor vom Irak-Parlament ratifiziert worden ist, als glücklichen Ausweg aus einer schwierigen internationalen Lage. Das Abkommen ist zwischen der Irak-Regierung und der Iraq Petroleum Company, einer englisch-holländisch-französischen Gesellschaft, im März, nach achtzehn Monaten eifrigen und manchmal nahe am Scheitern hinfahrenden Verhandeln, abgeschlossen worden und setzt dem Zwist zwischen den Interessen der Gesellschaft und der französischen Regierung einerseits und der

Iraq-Regierung und Großbritannien andererseits dadurch ein Ende, daß die Öl-Leitung vom Petroleumfeld Kerkuk zum Mittelländischen Meer nicht, wie Frankreich und die Gesellschaft es wollten, allein nach Tripolis im französischen Mandatsgebiet, und auch nicht wie England und Iraq es gewünscht hätten, allein nach Haifa im englischen Mandatsgebiet führen soll, sondern daß zwei Leitungen von Kerkuk nach den beiden Küstenplätzen führen, so daß die beiden Treuhandstaaten gleichermaßen zufrieden sein können. Daran ist nun schon die Einigkeit bemerkenswert, mit welcher Frankreich und England — nach der Darstellung des Beiden gleich freundlich gesinnten Times-Schreibers — ihre Treuhänderstellung in Syrien und Palästina ausnützen, um die Öllinie in ihrem militärischen Interesse möglichst unter ihre Obmacht zu bekommen: „France is deeply interested in obtaining a sure and abundant supply of oil in peace and war; her economists, her politicians and her financiers have made her share in the oil of Iraq the basis of their arrangements for the monopoly of the refining and sale of oil on French territory, and her statesmen, her soldiers and her sailors regard the delivery of the petroleum from Kirkuk at a French port on the mediterranean as a most important factor in their plans of national defence. But while France and Iraq equally wished to see the oilfields linked with the mediterranean, they disagreed over the terminus of the proposed pipeline. Holding a mandate over Syria and the Lebanon the French Government naturally urged that it should be carried to the sea at the Lebanese roadstead of Tripolis“ ¹⁾ Denn wozu dienen denn die Treuhand-Mandate des Versailler Vertrags als dazu, dem Mandatar militärische und wirtschaftliche Vorteile für seine Stellung in Krieg und Frieden zuzuführen und jene Politik der Ausbeutung zum Nutzen Europas, die man vor dem Krieg der deutschen Bagdadbahn-Politik in London und Paris vorwarf, jetzt zu Gunsten eben dieses London und Paris, mit einem Zusatz Amsterdam, zu verwirklichen? ²⁾

¹⁾ In deutscher Übersetzung: „Frankreich ist tief interessiert, in Frieden und Krieg eine sichere und genügende Zufuhr von Öl zu erhalten; seine Volkswirtschaftler, seine Politiker und seine Finanzmänner haben seinen Anteil am Öl von Iraq zur Grundlage ihrer Abmachungen über das Monopol für die Reinigung und den Verkauf von Öl auf französischem Boden gemacht, und seine Staatsmänner, seine Militärs und seine Marineleute betrachten die Lieferung des Petroleums von Kerkuk nach einem französischen Mittelmeerhafen als einen höchst wichtigen Bestandteil ihrer Landesverteidigungspläne. Aber während Frankreich und Iraq gleicherweise die Ölfelder mit dem Mittelmeer verbunden zu sehen wünschten, waren sie verschiedener Meinung über den Endpunkt der geplanten Rohrleitung. Als Inhaber eines Mandates über Syrien und den Libanon drängte die französische Regierung natürlich darauf, daß diese nach der Libanesischen See von Tripolis ans Meer geführt werde.“

²⁾ Nebenbei ist der Vertrag dazu bestimmt, der Petroleumgesellschaft im Iraq, östlich des Tigris, ein Monopol zu sichern und die Gewinnung reichlicheren und

Über es kommt noch besser. Wie nämlich, fragt der Times-Artikel, wurde das lösende Kompromiß zu Stande gebracht? Weshalb blieb die Iraq-Regierung, die schließlich Souverän im Lande ist, nicht bei ihrer eigenen Meinung und schickte das Petroleum, der britischen Route entlang, von Perfut durch das stammverwandte, britisch betreuhändete Transjordanien und Palästina nach Haifa? Nun, daran ist der Völkerbund schuld. Iraq soll nämlich im kommenden Jahr als Mitglied aufgenommen werden; England, sein Mandatar, hat ihm versprochen, die Aufnahme zu befürworten und sich dafür einige Gegengaben gewähren lassen. Zur Aufnahme in den Völkerbund gehört aber eine Zweidrittelmehrheit der Bundesversammlung, sagt uns der Times-Artikel. Frankreich und, man höre und merke es sich, seine „Verbündeten oder Klienten“ (*her allies or clients*) im Völkerbund könnten die Aufnahme zu Fall bringen, wenn man nicht auch ihre Stimmen vorher kaufte. Deshalb hat die Iraq-Regierung in die Verdoppelung der Öllinie gewilligt und der französischen Regierung das zu ihrer „nationalen Verteidigung“ Notwendige, die Ölfuhr durch das französische Mandats-Gebiet, zugestanden.

Wenn nun Rußland der Welt nächstens wieder sagt, es wolle nicht in einen Völkerbund eintreten, der ein Geschäft der kapitalistischen Westmächte sei und in den man sich durch Konzessionen an die verbündeten Wirtschafts- und Militär-Unternehmungen dieser Mächte einkaufen müsse, so wird das wieder eine infame Verdächtigung der Genfer Friedensinstitution durch die Sowjetpresse sein?

Wir haben nicht eine deutsche Querel gegen Genf vorgebracht; es ist die Times, die wir zitiert haben. Wir wollen sie aber auch noch in einem andern Fall zittern, der Deutschland näher angeht.

Auf diesen Leitartikel vom 27. Mai folgte, kurze Zeit danach, ein anderer, mit größerer Rücksicht auf die ungezogenen Deutschen geschriebener.

billigeren Öl durch die Regierung selbst oder durch andere Gesellschaften in diesem Teil des Irak unmöglich zu machen, und das bei einem Vertrag, den zwei Mandatarmächte zu ihrem eigenen nationalen Nutzen und zum Vorteil ihrer europäischen Politik unter ihren Schutz genommen haben und dessen anderer Partner das anvertraute Mandatsgebiet des einen von ihnen, England, ist. Wer wissen will, wie die Anglo-Öl-Gesellschaften, das heißt die Anglo-Persian Oil Company und die Royal Dutch-Shell-Gruppe Politik trieben, der mag den Jahresbericht ihrer Schwester-Gesellschaft, der Burmah Oil Company, vom 5. Juni 1931 lesen. Die Dividende beträgt 22½% bei erheblicher Stärkung der Reserve; das wird, da es ja mit den Zeitläuften nicht recht zusammenstimmt, auf streng rationalisierte Produktion in Burmah und Indien, und auf das Kontingentierungsabkommen mit der Anglo-Persian und Dutch-Shell zurückgeführt und daraufhin ganz offen gefordert, daß Rußland und Amerika von der Einfuhr ihres Öl nach Indien ausgeschlossen werden sollten. Das sei nicht nur zum Schutz der 22½% nötig, sondern auch um der vielen tausend Inder und Birmesen willen, die von der Burmah Oil Co. beschäftigt werden. Billigeres Öl für das ganze Land aus Rußland und den Vereinigten Staaten könnte in der Tat vielleicht diesen Indern und Birmesen ihre Anstellung kosten, denn wir können sicher sein, daß die Gesellschaft eher die Löhne kürzen und Arbeiter entlassen als ihre Dividende heruntersetzen wird.

Der deutsche Reichskanzler und der deutsche Außenminister machen einen Staatsbesuch in England, „einen Besuch, dessen politische Bedeutung man ebenso leicht übertreiben kann wie es unhöflich wäre, sie auf ein Minimum herabzusetzen“ — das ist, musikalisch gesprochen, die Tonart dieses Artikels, die Wickham Steed-, Rylant- und Marje-Weise, in der er zu singen ist. Der Kanzler, heißt es, habe bei der Ankunft bescheiden erklärt, er komme ohne Denkschriften und Programme; seine Absicht sei ein freundschaftliches Gespräch über alle Dinge, die den beiden Ländern gemeinsam wichtig seien. Aber selbst diese bescheidene Erklärung nötige zu einem Vorbehalt. Es gebe nämlich nichts Wichtiges, was Deutschland und England gleichermaßen und nur Deutschland und England angehe; da sei das übrige Europa; da sei der Völkerbund; da sei die neue Gewohnheit, die diplomatischen Geschäfte „kollektiv zu erledigen“, der „community sense“ unter den Völkern der Welt, von dem Minister Henderson in seiner Burge Memorial-Rede gesprochen hat. Ist Deutschland denn bereit zu solcher uneigennütigen, nur dem Gemeinwohl Europas dienenden Politik, der Politik, für die Frankreich und England ein so leuchtendes Beispiel geben? „Der Grund für die große Unruhe, die aus Deutschlands geplanter Union mit Osterreich entstanden ist, liegt nicht darin, daß der Plan in sich selbst schadenbringend wäre, sondern darin, daß die Art, auf welcher er verabredet und dann Europa mit ihm überfallen wurde, eine Mischung von Heimlichkeit und herausforderndem Troß zu zeigen und in seinem Geist den Bemühungen um eine europäische Union zuwider zu sein schien, die von dem Völkerbund unter der Führung von M. Briand unternommen werden. Hat Deutschland die Nachkriegs-Einrichtung Europas wenigstens in ihren Hauptzügen wirklich angenommen? Oder hofft es die ganze Zeit diese Einrichtung umzustürzen? Das sind die Fragen, die den Beobachtern in andern Ländern unruhig durch den Kopf gehen.“

Was sind denn die Hauptzüge der Nachkriegs-Einrichtung Europas? Wenn es die Rheinlandbesetzung ist, deren Ende durch den Locarno-Vertrag erkaufte werden mußte; wenn es die immer noch nicht gewährleistete Sicherheit Frankreichs ist; wenn es das Scheitern aller und jeder Landabrüstungsversuche an der Politik Frankreichs und „seiner Klienten“ ist; wenn es der Kriegszustand zwischen Polen und Litauen und der Unfriedenszustand zwischen Polen und Deutschland ist; wenn es das Verbot der Zollunion zwischen Deutschland und Osterreich, aber die Zulassung von einem Duzend neuer Zollmauern von beliebiger Höhe ist; wenn es die gleichmäßige englische und französische Prävention ist, alle anderen Staaten in Genf abzukanzeln, sich selbst aber jede Kritik ihres politischen Handelns in Genf zu verbitten; wenn es die Militärbündnisse zwischen den Staaten der Kleinen Entente und Frankreich sind; wenn es der Ausschluß Rußlands aus dem Völkerbund ist; wenn es überhaupt ein Zustand von so völligem Mangel an Treu und Glauben, so völlig beherrscht von Mißtrauen und materialistischer Machtanbetung ist wie der heutige Zustand Europas ist, so fällt die Ant-

wort auf die Fragen der Times nicht schwer. Deutschland hat dieses „post-war arrangement of Europe“ nicht angenommen, weder en gros noch en détail, und wird es auch nicht annehmen, sondern nach seinen Kräften dahin wirken, daß eine Einrichtung anderer Art zu Stande kommt. Sofern aber der Völkerbund, wie er in Genf eingerichtet ist, seinerseits dieses post-war arrangement stützt und hält, diesen status quo hütet, und seine Bemühungen um eine paneuropäische Union unter der Führung von M. Briand damit beginnt, daß er von allen Teilnehmern dieser Union eine feierliche Verpflichtung auf den Versailler Vertrag verlangt, wird Deutschland auch an die Stelle dieses Völkerbundes einen andern zu setzen suchen müssen, in dem es keine „Klienten“ von Großrüstungsmächten mehr gibt.

Die Schweiz und das deutsche Sprachgefühl.

Von Ed. Heyck, Ermatingen.

2.

Die ersten 1870er Jahre waren in Deutschland erfüllt von Plänen für die deutsche Sprache. Unter der Sonne der neuen Reichskrone sollte das Aschenbrödel bisheriger Staatsfürsorge nun ihre güldenen Schuhe und Kleider bekommen, sollte gefreit werden vom jüngsten Prinzen der akademischen thronenden Wissenschaft, in der ehelichen Gestalt einer Kaiserlichen Akademie für deutsche Sprache. Besetzt sollte sie werden mit einem Numerus clausus der erlesensten Dichter und Schriftsteller. Die Académie française schwebte als Muster vor, deren Statut besagt: „die erste Funktion wird sein, mit möglichster Sorgfalt unserer Sprache sichere Regeln zu geben“ und klare Nomenklatur für alles. Du Bois Reymond, mit der Lebhaftigkeit der ihm eigenen virtuosen Universalgeistigkeit, entwickelte den ins Einzelne durchdachten Plan in seiner Berliner Rektoratsrede 1874, die den entsprechenden Widerhall hervorrief. Dieser zeigte dann aber die Abkühlung, die als Folge der konkretisierten Vorstellung eintrat. Die gute Sprachkunst als Zweck reichte nicht hin, Gelehrte und Dichter, die ja nicht nur methodologisch gesehen je ein Volk für sich sind, hierfür zu verbünden. Das eigentlich Ausschlaggebende für die Unlust bei den Schriftstellern war ein Gefühlstakt, den gerade ihre bedeutendsten vertraten, der Widerspruch gegen die Schaffung von Literatur-exzellenzen über dem profanum volgus der Skribenten, gegen „ein Klettergerüst für einander überklimmende Ehrgeize“ und höhere Begünstigungen. Die in dieser Beziehung unbefangeneren oder unschuldigeren Gelehrten waren wiederum einer Akademie ohne Fakultätsbasis abgeneigt. Solche Stimmungen verwiesen darauf, daß die Erkenntnis der deutschen Sprache schon